

# Gefahren des österreichischen Parlaments.

Von

Emil Ludwig,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Wien, 11. Juni.

Nach drei Jahren unheilvollen Wartens, nach drei veräumten nationalen Gelegenheiten, hat man das Parlament unter Auspizien zusammengerufen, die produktive Arbeit keineswegs verbürgen. Nicht, daß man seinen Zerfall im Sinn der Hoffnung unserer Feinde zu fürchten hätte, denn in seinen Debatten zu Krieg und Frieden wird es im Grunde allen übrigen Parlamenten Europas gleichen, wo die Parteien sich nicht minder bekämpfen, und es wird nicht auseinander fallen, wie es der Feind ihm, wie er es der Monarchie seit Kriegsbeginn wünscht und prophezeit, es wird auch nicht aus Furcht vorzeitig geschlossen werden müssen. Was aber in diesen ersten zwei Wochen geschehen ist und was unterlassen wurde, das deutet mit ernsten Zeichen die Wiederkehr jener inneren Verwirrungen an, die das politische Leben hier so lange unfruchtbar machten und deren Verschulden auch diesmal zwischen Volksvertretung und Regierung geteilt ist; denn bei besserem Willen vermöchte jene, bei größerem Weitblick müßte diese günstigere Aspekte schaffen.

Schuld der Volksvertretung ist zunächst, das in zwei Wochen, die mit dem reichen weltpolitischen Programm in langen häufigen Sitzungen hätten beginnen müssen, nichts getan, daß nach der konstituierenden eine einzige Vollsitzung abgehalten wurde und dennoch die Grundlage des Ganzen noch immer nicht geschaffen ist. Wenn man nach drei Jahren vorbereitender Debatten von der naiven Ungewißheit vernimmt, mit der sich Völker und Parteien schließlich dann doch einmal in diesem hohen Hause treffen, so staunt man über das Tempo und den Fatalismus, mit dem in diesem Lande der Improvisationsteilnahme nicht getrieben, sondern betrachtet und allseitig kritisiert wird. Nur bei solcher mangelnden Vorbereitung konnte jene Grundfrage des Hauses, und, man könnte sagen, des Staates, die Frage nach der Verhandlungs- und Staatsprache einer Zufalls-Abstimmung überlassen, konnte, durch das Fehlen von 20 bis 30 Deutschen, dieses Problem gegen die Deutscher gelöst werden, und ein Streit, der zuerst ausah wie eine Formalität — die Frage der Protokollierung nichtdeutscher Reden — wuchs über Nacht zum Streit erster Ordnung, zum Zerwürfnis der Völker.

In Wien ist es möglich, daß die größte Partei nach den Vorberatungen nach Hause geht, in dem naiven guten Glauben, die Tschechen hätten sich in der Kommission auf die Geschäftsordnung verpflichtet — und müssen am anderen Tage erst durch eine irreparable Abstimmung erfahren, daß durchaus keine Verpflichtung vorlag, sondern daß die Slovenen, zu einem Bloß zusammengefaßt, sich Eins, Zwei, Drei ihren alten prinzipiellen Wunsch erfüllt haben und unbemerkt in eine Festung drangen, deren Verteidiger schliefen. So anlag war die Politik der deutschen Parteien, daß sogar die Ruthenen, die, aus Haß gegen die Polen, seit Jahren die Deutsche Staatsprache propagieren, im entscheidenden Augenblicke dennoch gegen die Deutschen stimmten, um nur nicht „Nation zweiten Ranges“ zu heißen. Nun werden vielleicht Tschechen und Südslawen, Polen und Italiener, der Protokollierung sicher, in ihren Muttersprachen reden, und kein Gesetz verhindert, daß selbst der Präsident, wenn es einmal ein Slawe ist, in seiner Sprache die Leitung dieses Hauses führt, mitten am Franzensring in Wien. Jetzt soll das Herrenhaus helfen zu heben, was die Abgeordneten verschüttet haben, doch Niemand weiß, ob und was noch zu retten ist.

Größer sind die Mißgriffe und schwerer die Unterlassungen der Regierung. Schon bei diesem ersten Zusammenstoß zeigte sich, daß sie mit Parteien und Völkern, die die großen politischen Wandlungen dieser drei Jahre erschüttert und nur gruppiert haben, nicht genug Zählung genommen und keinerlei schlüssige Abrede getroffen hatte, denn statt zu vermitteln, tastete, als ginge sie dies alles gar nichts an, und nicht einmal die beiden aus dem Parlament hervorgegangenen Minister griffen ein. Auch in dieser Lage dachte mancher an Koeber, den parlamentarisch geschicktesten Minister Oesterreichs, der diese Differenzen in einer Stunde geschlichtet hätte — und dessen gesagte

waren mitten im Kriege einen politischen Fehler ersten Ranges bedeuteten?

Nach all dem erscheint das Erste, was die Regierung positiv vorlegt, die Deckung der Kriegsausgaben, die diese Woche zur Beratung kommt, als ein Gesetz, wie es bisher in keinem kriegführenden Staate der Welt einem Parlament zugemutet wurde. Dies Gesetz ist ein Zettel von der Größe jenes Gesetzes, von dem vor 20 Jahren der Dauerredner Otto Lecher sagte: „Ich stecke das Gesetz hiermit in die Westentasche.“ Denn es enthält nichts als die Bestimmung, daß „die Summe der Kriegsausgaben durch Kriegskredite bewilligt“ wird. Man dreht das kleine Blatt um und fragt: Wie viel? Hat nicht der Deutsche Reichstag, haben nicht die feindlichen Parlamente so und so viele Milliarden bewilligt?

Wieder dreht man das kleine Blatt um und sucht, wie diese mysteriöse Summe zwischen die drei Faktoren verteilt werden soll, die den Krieg bedeuten. Denn da die Monarchie, gemäß ihren drei Meeren, ein dreifaches Heeresbudget hat — ein gemeinsames, eins für die ungarische Honved, eins für die österreichische Landwehr —, fragt man, welche Summe jeden dieser Faktoren trifft, zwischen denen nur die Quote feststeht. Gibt etwa die Vollzugs Klausel Auskunft? § 7: „Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, das am 1. Juli wirksam wird, ist das Finanzministerium betraut.“ Aber vielleicht der Kommentar? Kommentar zu § 7: „§ 7 enthält die Vollzugs Klausel.“

Angesichts dieses Gesetzentwurfes, der überall sehr herbe Kritik fahren dürfte, fragt man sich, ob vielleicht die Kriegsnöwendigkeiten diese fast beleidigende Kürze und Unvollständigkeit zum Gute machten, und ob der Geist der Regierung so sehr mit dem ringlichsten beschäftigt sei, daß er die eiligsten Gesetze einem drei Jahre verspäteten Parlamente im Fluge zuwirft. Warten die Millionen, daß endlich die Regierung den Vertretern des Volkes die nötigsten Vorschläge machen möge, um die Not zu überbrücken? Was also — fragt man — ist das Nächste, das schleunigste, was die Regierung in dieser Zeit vorlegt?

Das Jahntechniker-Gesetz. Am ersten Verhandlungstage wurde es eingebracht, da es offensichtlich zum Wohle Oesterreichs nicht mehr aufzuschieben war. Milliarden sind freihändig abgegeben, das Volk wartet auf Erklärungen, man beschränkt sich auf die Forderung unbeschränkter Kredite, das Volk will Klarheit über die Ziele des Krieges, will Hoffnungen, will Brot — aber auf dem Tisch des Hauses, zu oberst, liegt ein Gesetz, in dem es heißt: § 4: Dem Jahntechniker ist erlaubt:

1. das Entfernen der Jahnauflagerungen und das Puzen der Röhren, weiter das Abschleifen der Säbne und Wurzeln, 2. das Schneiden von Abdrücken zum Zwecke der Herstellung von Platten, Hnerfahstücken, Gebissen, Axonen und Brücken . . .“